

# Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

**Nr. 35.** Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Plots 4.—, wöchentlich Plots 1.—; Ausland: monatlich Plots 7.—, jährlich Plots 84.—, Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
**Lodz, Petrikauer 109**  
Telephon 136-90. Postcheckkonto 63.508  
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.  
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die sieben gespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzelle 1.— Plots; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

## Wo bleibt die Freiheit der Reichstagswahl?

### Es wird verboten...

Der „Vorwärts“ für einen Aufruf der S.P.D. verboten.

Berlin, 3. Februar. Wie trotz der Verlautbarungen an zuständiger Stelle, daß Gleichheit der Wahlchancen für alle Parteien gewährt werden wird, zu erwarten war, gehen die Organe der Reichsregierung Hitler-Papen-Hugenberg gegen ihr oppositionell gegenüberstehende Parteien einseitig vor.

#### Das Demonstrations- und Umzugsverbot für Kommunisten

ist bereits für ganz Preußen erlassen worden. Die nationalsozialistische Regierung in Thüringen hat jetzt ebenfalls ein generelles Demonstrationsverbot gegen die K.P.D. erlassen.

#### Jetzt geht es gegen die Sozialdemokraten.

So hat der Berliner Polizeipräsident die von der S.P.D. für den morgigen Sonntag angekündigte Kundgebung im Lustgarten verboten. Das Verbot wird damit begründet, daß zur selben Zeit das „Staatsbegräbnis“ eines erschossenen Schutzpolizeibeamten und eines S.A.-Mannes stattfindet. Die S.P.D. beabsichtigt die Kundgebung gegen die neue Reichsregierung am Dienstag zu machen.

Freitag hat der Berliner Polizeipräsident das Zentralorgan der S.P.D.,

#### den „Vorwärts“, mit sofortiger Wirkung bis zum 6. Februar 1933 verboten.

Das Verbot gilt auch für die Kopfschlätter des „Vorwärts“ und umfaßt auch jede neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist. Das Verbot erfolgte wegen nachstehender Sätze eines Aufrufs der S.P.D.:

„Gegen solche Pläne rufen wir Euch zum Kampf. Wehrt Euch, schützt Eure Selbstbestimmung als Staatsbürger. Erhebt Euch gegen Eure Bedränger, gegen die feinen Leute, die hauchdünne Oberschicht des Großkapitals. Zerbrecht ihre politische und wirtschaftliche Macht. Kämpft darum mit uns für die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Aufteilung des Landes an Bauern und Landarbeitern. Kämpft mit uns für die Enteignung der Schwerindustrie, für den Aufbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft.“

Dieses Verbot kam dem „Vorwärts“ nicht unerwartet. Bereits am Montag schrieb der vom Reichskanzler Hitler herausgegebene „Völkische Beobachter“:

„Dem Vorwärts wird diese Sprache wahrscheinlich nicht mehr lange gut bekommen.“

#### In Thüringen wurden rote Flaggen verboten,

die auf amtlichen Gebäuden sozialistischer Gemeinden als eine Art Kundgebung wegen des Flaggens schwarz-weiß-roter Fahnen und Fahnen mit dem Hakenkreuz gleichfalls auf amtlichen Gebäuden aufgezogen wurden.

#### Eine Presseverordnung.

Berlin, 3. Februar. Das Reichskabinett setzte am Freitag abend in fast zweistündiger Sitzung die politische Aussprache fort. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Das Kabinett befaßte sich insbesondere mit den Maßnahmen, die gegen die oppositionelle Presse ergriffen werden sollen. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die Verordnung hierüber bereits morgen erlassen wird.

#### Die Polizeiaktion gegen die Kommunisten.

Kommunistische Literaturstelle ausgehoben.

Erfurt, 3. Februar. Die Erfurter politische Polizei durchsuchte am Freitag mittag ein Privatgebäude in einer kleinen Gasse in Erfurt-Nord. In einem geschlossenen Raum, der von der Polizei ausgehoben wurde, entdeckte man eine geheime kommunistische Literaturstelle. Berge von „hochverräterischen“ Broschüren und Flugblät-

tern, insgesamt 40 000 Stück, wurden beschlagnahmt. Das Material füllte einen großen 7-Tonnen-Lastkraftwagen aus. Man vermutet, daß sich in dem Gebäude eine kommunistische Geheimdruckerei befand und daß die Menschen im letzten Augenblick beiseite geschafft wurden. Bisher wurden Personen nicht festgenommen, da das Gebäude vollkommen verlassen dalag.

Frankfurt a. M., 3. Februar. Am Freitag vormittag wurden die Geschäftsstellen der Kommunistischen Partei und ihrer Neben- und Hilfsorganisationen von der Polizei durchsucht. Die Polizei hatte die Aktion so vorbereitet, daß gleichzeitig an 25 Stellen im Stadtzentrum die Büros der K.P.D., der Roten Hilfe usw. besetzt wurden. Die Beamten beschlagnahmten eine große Zahl von Drucksachen und Akten, die gesichtet werden.

#### Um die Freiheit der Reichstagswahl.

Berlin, 3. Februar. Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte des Reichstags ist von seinem Vorsitzenden Abg. Loebe (Sozialdemokrat) für Dienstag einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Sicherung der Freiheit der Reichstagswahl und die Untersuchung des Döhlsestandals.

#### Heute Entscheidung über preußischen Landtag.

## Nun gehts um Preußen.

Was alles zutreffen kann.

Berlin, 3. Februar. Berliner Abendblätter verzeichnen zur innerpolitischen Lage in Preußen eine Reihe von Kombinationen, die sich nur zum Teil auf ihre Richtigkeit nachprüfen lassen.

So wird u. a. behauptet, daß an Stelle des preußischen Ministerpräsidenten Braun der Reichskommissar Papen in das Dreimännertkollegium eintreten werde, damit Papen im Verein mit dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerrl gegen die Stimme des Staatsratspräsidenten Abenauer den preußischen Landtag auflösen könne, sofern dieser nicht selbst seine Auflösung beschließen sollte. Eine andere Lesart besagte, daß die Auflösung des preußischen Landtags auf dem Verordnungswege vorgenommen werden solle. In Kreisen der kommunistischen preußischen Regierung zieht man es vor, zunächst das Ergebnis der Landtagsitzung am morgigen Sonnabend abzuwarten, um dann das zu unternehmen, was notwendig ist. Eine Bestätigung der Meldung, daß am 12. März in Preußen Gemeindevahlen stattfinden würden, ist ebenfalls nicht erhältlich. Alles das schließt nicht aus, daß die eine oder andere Mutmaßung eines Tages vielleicht doch noch zutreffen könnte.

#### Nazi ändern ihren Auflösungsantrag.

Berlin, 3. Februar. Die nationalsozialistische Fraktion des preußischen Landtages hat ihren Auflösungsantrag, der die sofortige Auflösung des preußischen Landtages verlangte, dahin abgeändert, daß die Auflösung erst am 4. März in Kraft treten soll.

#### In Erwartung der Auflösung

Der ständige Ausschuß des Landtages einberufen.

Berlin, 3. Februar. Landtagspräsident Kerrl hat den ständigen Ausschuß des preußischen Landtages für den Fall der Annahme des nationalsozialistischen Antrages auf Auflösung des preußischen Landtages für Sonnabend nachmittag, eine Viertelstunde nach Schluß der Vollziehung einberufen, da nach den Bestimmungen des preußischen Wahlgesetzes vom Staatsministerium im Einvernehmen mit dem ständigen Ausschuß der Termin für die Neuwahl

#### Minderheitenentrechtung abgelehnt.

Rücktritt der lettischen Regierung.

Riga, 3. Februar. Das lettische Parlament verwarf mit großer Stimmenmehrheit die vom Bildungsausschuß ausgearbeitete Gesetzesvorlage über die Auflösung der vom Staate und den Gemeinden erhaltenen höherer und Mittelschulen der Minderheiten. Das Kabinett hat hierauf dimissioniert.

#### Völkerbundultimatum an Paraguay und Bolivien.

Waffenstillstand gefordert.

Genf, 3. Februar. Der Völkerbundrat behandelte heute von neuem den sich endlos hinausziehenden Konflikt zwischen Paraguay und Bolivien. Der Völkerbundrat schloß, den beiden Mächten gleichlautende Telegramme zu senden, in denen der sofortige Abschluß eines Waffenstillstandes gefordert wird, andernfalls sich der Völkerbundrat neue außerordentliche Maßnahmen vorbehalte.

#### Frühjahrsanbau in der Sowjetunion.

Moskau, 3. Februar. Die Sowjetregierung hat die Frühjahrsanbauläche mit 95 Millionen Hektar festgesetzt. Davon entfallen auf die Staatsgüter 10 Millionen, auf die Kollektivwirtschaften 66 Millionen und auf die Einzelbauern 19 Millionen Hektar. Infolge der gemäßigten Agrarpolitik Stalins wurde für dieses Jahr kein Mindestertrag festgesetzt.

len festgesetzt werden müsse. Durch diese Sitzung soll dem ständigen Ausschuß, für den Fall der Auflösung des Landtages, Gelegenheit gegeben werden, seine Wünsche hinsichtlich des Termins der Neuwahl zu äußern.

#### Nazi wollen „reinen Tisch“ machen.

Berlin, 3. Februar. Wie der nationalsozialistische „Angriff“ in seiner heutigen Ausgabe mitteilt, beabsichtigt die Reichsregierung schon in den nächsten Tagen auf kommunalpolitischem Gebiet in Preußen „reinen Tisch“ zu machen, indem eine Auflösung sämtlicher kommunaler Selbstverwaltungen und Ausschreibung allgemeiner Kommunalwahlen in Preußen ins Auge genommen ist. Aufgelöst werden sollen nicht nur die Gemeindeversammlungen, sondern gleichzeitig die Amtsbezirksversammlungen, die Provinziallandtage und auch die Kreislandtage.

Wie das genannte Blatt hierzu weiter meldet, wird aus politischen Gründen erwogen, die Kommunalwahlen zusammen mit den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen. Aber angesichts der Schwierigkeiten, die eine gleichzeitige Wahl zum Reichstag und für die Gemeindeverwaltungen mit sich bringen würde, wird man wahrscheinlich zu dem Schluß kommen, die Gemeindevahlen eine Woche später, also am 13. März, stattfinden zu lassen. Insgesamt würden dann an diesem Tage rund 30 000 kommunale Selbstverwaltungskörper Preußens neu wählen. Wie der „Angriff“ weiter erfährt, ist mit dem Erlaß der entsprechenden Bestimmungen noch im Laufe dieser Woche zu rechnen.

#### Die Parteien rüsten zur Reichstagswahl.

Berlin, 3. Februar. Im Reichstag fand am Freitag zwischen den Vertretern der Deutschen Volkspartei und des Christlichsozialen Volksdienstes, deren Gruppen im früheren Reichstag zur Fraktion der technischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen waren, eine Besprechung über die bevorstehenden Reichstagswahlen statt. Wie es heißt, ist ein gemeinsamer Wahlvorschlag nicht geplant. Sowohl die deutsche Volkspartei als auch der Volksdienst werden eigene Wahlvorschläge einreichen, dagegen ist be-

# Das Budget vor dem Sejmplenum

Der Budgetvoranschlag für das Jahr 1933/34, der in dem Budgetausschuß durchgeprüft wurde, wurde gestern dem Sejmplenum in der Fassung des Ausschusses vorgelegt. Der Generalreferent Niedziński (Regierungspartei) erstattete Bericht über die Arbeiten des Budgetausschusses. Er führte nichts wesentlich Neues zugunsten des Budgetvoranschlags vor, da er im großen und ganzen nur die bereits von ihm im Ausschusse vorgebrachten Argumente wiederholte.

Der erste Redner der Opposition, der Nationaldemokrat Rybarski, führte seine bekannten Gegenargumente vor. Bemerkenswert ist seine Erklärung:

„Heute ist der Sejm nicht mehr die Institution, die Autorität im Volke hat. Nicht nur deshalb, daß seine Mehrheit auf dem von Mißbräuchen entstanden ist und Gerichtsapparat, der über die Mißbräuche urteilen sollte, seine Aufgabe nicht erfüllt, sondern auch weil diese Mehrheit sich nicht einmal Vertrauen durch Verringerung des Budgetdefizits verschafft. Es wurde verkündet, daß alles gut sein wird, wenn sich eine Mehrheit finden wird, trotzdem ist jetzt die Entscheidung groß.“

Vier Monate trennen uns von der Wahl des Staatspräsidenten. Die Quelle der Macht des Staatspräsidenten müssen Parlamentskörper sein, die frei von Bestreben und Terror sein müssen. Nur solche Wahlen sind die beste Bedingung, daß der künftige Staatspräsident die notwendige Bedeutung erlangt. Von der Erfüllung dieser Bedingung hängt unser Standpunkt in der Angelegenheit der Präsidentschaftswahl ab.“

Abg. Langier (Volkspartei) berührt die Angelegenheit der Sondergerichte und erinnert an die Anklageschrift der spanischen Regierung gegen die Richter, die die Verfassung unter dem Regime der Diktatur verletzt hatten, wobei er unterstreicht, daß sie des Staatsrats angeklagt wurden.

Abg. Czapiński (P.P.S.) gibt eingangs seiner Ausführungen eine Charakteristik der Budgetvorlage und fährt dann eine große Zahl von Schlägen gegen die P.P.S. an. Er geht eingehend auf die antisemitischen Erzfälle ein,

die nicht scharf genug beurteilt werden können. Eigenartig ist jedoch die Stellung der jüdischen Abgeordneten. Sie wollen gleichzeitig für und gegen die Regierung sein.

## Die Sozialreaktion marschiert.

Die Durchberatung der Vorlage über die Sozialreform soll Mitte Februar vom Sejmplenum beendet sein. Gewisse Veränderungen sollen für die Termine der Inkraftsetzung der Vorlage vorgenommen werden. So soll die Zusammenlegung aller Versicherungsanstalten und überhaupt die angestrebte Sozialreform erst am 1. Januar 1934 in Kraft treten. Dagegen soll die Herabsetzung des Beitrags an die Krankentassen von den jetzigen acht Prozent auf fünf Prozent und die mit dieser Maßnahme verbundene Herabsetzung der Hilfe von seiten der Krankentassen bereits vom 1. Juli d. J. verpflichten.

## Neue Belastung der Arbeitnehmer.

Ein „Arbeitsfonds“ für öffentliche Arbeiten geplant.

Wie verlautet, wird in Kürze im Sejm ein Gesetzesentwurf über einen „Arbeitsfonds“, der den bisherigen Hilfsfonds für Arbeitslose ersetzen soll, zur Beratung gelangen. Der Entwurf, der von der „Arbeitergruppe“ der Regierungspartei ausgearbeitet ist, sieht die Organisation von öffentlichen Arbeiten für die Beschäftigung von Arbeitslosen vor. Die Mittel des „Arbeitsfonds“ sollen bestehen: 1. aus den Einnahmen, die für den bisherigen Hilfsfonds für Arbeitslose, d. h. Gebühren von Gas, Glühbirnen und Zuschlägen zur Totalfaktor- und Vergütungssteuer, bestimmt sind; 2. aus Beiträgen der Arbeitnehmer (körperliche und geistige) und Arbeitgeber in der gleichen Höhe von 1 Prozent des Lohnes oder Gehalts und 3. aus Zuschlägen zu der Einkommensteuer derjenigen, die freie Berufe ausüben.

An zuständiger Regierungsstelle verhält man sich jedoch bisher dem Entwurf reserviert gegenüber.

## Ständige Zusammenarbeit der polnischen und ukrainischen Sozialisten

Günstiges Ergebnis der Lemberger Konferenz.

Wie bereits berichtet fand am Sonntag in Lemberg eine gemeinsame Konferenz von Vertretern der P.P.S. und der Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei statt, die zur Aufgabe hatte, die Grundlage für eine Zusammenarbeit beider Parteien zu schaffen. Dieses Ziel hat die Konferenz in vollem Maße erreicht, indem, wie es in dem Kommuniqué über die Konferenz heißt, einstimmig „die unbedingte Notwendigkeit einer ständigen und organisierten Zusammenarbeit beider sozialistischen Parteien“ festgestellt wurde. Auf der Konferenz wurden folgende Grundsätze dieser Zusammenarbeit aufgestellt:

1. Die Idee des ständigen Kampfes um den nationalen Besitzstand muß erregt werden durch die Idee des organisierten Zusammenlebens der Völker,
2. die ukrainischen Arbeitermassen in den Grenzen Polens sind direkt interessiert an der Entwicklung des Kampfes der polnischen Arbeitermassen um den Sozialismus, um die Demokratie, um die Freiheit und
3. sollten somit tätigen Anteil an diesem Kampf nehmen;
4. die Ukrainische Sozialdemokratische Partei verzichtet nicht auf ihren grundsätzlichen Standpunkt in Sachen der Unabhängigkeit der Ukraine als der wesentlichen Lösung des geschichtlichen ukrainischen Problems, während sich die P.P.S. in ihrer politischen Taktik nicht gebunden fühlt.

## 200:4.

## Wie die Tätigkeit des Staatspräsidenten gewürdigt wird.

Der Warschauer „Robotnik“ schreibt zu dem Artikel der offiziellen „Gazeta Polska“ aus Anlaß des Namens-tages des Staatspräsidenten:

„In diesem Artikel muß einem jeden auffallen, daß die „Gazeta Polska“ über die Tätigkeit des Prof. Moscicki bis zum Jahre 1926 in über 200 Druckzeilen berichtet, während sie der zu Ende gehenden 7-jährigen Kadenz des Staatspräsidenten im ganzen . . . 4 Zeilen widmet.“

Auf ein Blatt, daß nahe den „Kreisen“ steht, unbedingt zu wenig.“

## Gegen Michalowski.

An der letzten Sitzung der Budgetkommission des Senats, in der das Budget des Justizministeriums behandelt wurde, nahmen die Vertreter des P.P.S.-Klubs und der Volkspartei als Protest gegen den Justizminister Michalowski teil. Dieses Vergehen stützt sich auf eine von dem P.P.S.-Klub in der vorigen Session niedergelegte Deklaration, in der gesagt ist, daß die P.P.S. mit einem Minister, auf dessen Rechnung die Preßfrage zu schreiben ist, nicht an einem Tisch beraten werde. Uebrigens hat der letztere vom Justizminister eingenommene Standpunkt in Sachen der Todesurteile diese Stellungnahme der P.P.S. nur noch verstärkt.

## Saufrecht der Regierungsabgeordneten.

Als 4 ukrainische Abgeordnete auf dem Lemberger Bahnhof in das für sie von der Bahndirektion reservierte Abteil gingen, fanden sie dort bereits die Abgeordneten der Regierungspartei Kosybarski und Chojniski-Dzieduszycki vor, trotzdem ein amtlicher Zettel das Abteil als reserviert kennzeichnete. Als die ukrainischen Abgeordneten darauf hinwiesen, wurde ihnen von den Regierungsabgeordneten erklärt, daß sie das Abteil nicht verlassen werden. Der Abg. Kosybarski drohte sogar mit Fäustelanschlägen. Dieser Zwischenfall wird sein Epilog beim ordentlichen Gericht bzw. beim Marschall-Gericht des Sejm finden.

## Polnisch-deutsche Filmkonvention.

Die deutsche Regierung wandte sich durch Vermittlung ihres Warschauer Gesandten v. Mollke an die polnische Regierung mit dem Vorschlag, Verhandlungen zwecks Abschlußes einer Filmkonvention zwischen Deutschland und Polen.

# 170 Stimmen Mehrheit für Daladier.

## Nichtstafende Regierungserklärung des neuen französischen Ministerpräsidenten.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer hat der neuen Regierung Daladier nach Abschluß der Aussprache über die allgemeine Politik mit 170 gegen 200 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Die neue französische Regierung stellte sich am Freitag um 15 Uhr der Kammer und dem Senat vor. Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Daladier verlas, war nur kurz und enthielt keinerlei eigenen Hinweise auf die Absichten der Regierung. Sie beschränkte sich vielmehr darauf, auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts und der Staatsautorität hinzuweisen. Zugleich wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß es nicht gelungen sei, die Sozialisten zur Mitverantwortung zu bewegen. Auch die außenpolitischen Fragen sind nur ganz kurz gestreift.

Im einzelnen wird in der Regierungserklärung einleitend auf die Wirtschaft- und Finanzkrise hingewiesen, die durch eine ehrliche Durchführung des parlamentarischen Regimes und eine aufrichtige Zusammenarbeit aller Kräfte überwunden werden müsse. Die Regierung habe die Absicht, unverzüglich ein Mindestmaß an notwendigen Reformen durchzuführen. Das Finanzprogramm werde der Steuerfähigkeit der Erzeuger Rechnung tragen und sehr neue Einsparungen vor. Steuerhinterziehungen würden mit aller Schärfe bestraft werden. Die Regierung werde am Dienstag das Finanzprogramm einbringen und die Annahme des Haushaltsplanes mit der Vertrauensfrage verbinden.

In außenpolitischer Hinsicht werde die Regierung um den internationalen Frieden besorgt sein. Die Regierung wolle die Sicherheit. Die Sicherheit Frankreichs und die Sicherheit aller Völker, die bei gleichen Rechten auch gleiche Pflichten haben müßten. Ohne die gebe es kein Vertrauen in der Welt, keine wirtschaftliche Wiederaufrichtung, keinen nützlichen Abrüstungsplan und noch weniger eine allgemeine Schiedsgerichtsbarkeit. Die Regierung werde im Geiste internationaler Verbündeter die Möglichkeit eines wahren Friedens mit möglichst geringen Rüstungskosten bringen und auf einen wirtschaftlichen Frieden hinarbeiten.

Ministerpräsident Daladier erklärte nach Verlesung der Regierungserklärung, daß die Regierung der Aussprache über die Interpellationen zustimme, die sich auf die allgemeine Politik bezögen.

Der Abg. Thibaut (Gruppe Tardieu) eröffnete die Reihe der Interpellationen mit einer Rede gegen die Regierung. Er wies auf die schwierige Lage der Finanzen und der Wirtschaft hin und forderte schließlich Abschaffung der Sozialversicherungsgesetze. Diese Gesetze hätten dem Staat bisher 5 Milliarden Franken gekostet, die man besser für den Ausbau der nationalen Verteidigung (Kriegsbereitschaft!) verwandt hätte. Man dürfe nicht vergessen, daß Deutschland nur daran arbeite, seine Militärmacht zu verstärken.

Nach kurzer Unterbrechung der Kammer Sitzung sprach der Abgeordnete des Zentrums Gaye. Er erklärte, selbst wenn die Regierung heute ein Vertrauensvotum erhalten sollte, das ihr keinesfalls ehrlich gegeben würde, so werde sie das Schicksal ihrer Vorgänger erleiden, wenn sie beim Präsidenten der Republik nicht um die Auflösung der Kammer nachsuchen würde.

Das Hauptinteresse der Kammer richtete sich auf die Ausführungen des Sozialisten Frossard, der die Fassung seiner Fraktion darlegte. Er machte die Fassung der Sozialisten davon abhängig, welche ergänzenden Erklärungen die Reichsregierung zur Sozialpolitik u. a. zur 40-Stundenwoche abgeben würde. Abg. Frossard fragte den Ministerpräsidenten Daladier, ob er eine Mehrheit zur Verteidigung des republikanischen Regimes und seiner Freiheiten haben wolle.

Im weiteren Verlauf der Aussprache brachte der ehemalige Ministerpräsident Herriot eine Entscheidung ein, die sich die Regierung zu eigen machte und deren Annahme sie mit der Vertrauensfrage verband.

Die Entschließung lautet: Die Kammer stimmt der Regierungserklärung zu, vertraut der Regierung, lehnt jeden Zusatzantrag ab und geht zur Tagesordnung über.

Vor der Abstimmung gab der Sozialist Blum die Erklärung ab, seine Fraktion wird für die Regierung stimmen, sie tue es aber ohne jede Begeisterung und nur im Interesse der Aufrechterhaltung der linken Mehrheit.

Für die Entschließung wurden 370 gegen 200 Stimmen abgegeben.



Die neue französische Regierung.

Die von Daladier gebildete neue französische Regierung beim Verlassen des Palais Elisee nach der Vereidigung durch den Präsidenten. In der ersten Reihe von links: Innenminister Chautemps, Ministerpräsident und Premierminister Daladier, Außenminister Paul-Boncour, Minister für Post- und Telegraphenwesen Laurent-Eynac.

Hauptauschuh der Abrüstungskonferenz.

Englische Abfage an Frankreich.

Der Vertreter Englands gegen die französische Sicherheitsbefehle und für allgemeine Abrüstung.

Genf, 3. Februar. Im Hauptauschuh der Abrüstungskonferenz brachte am Freitag der Staatssekretär des Aeußeren Edel den Standpunkt der englischen Regierung zum französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan zum Ausdruck.

Die Erklärung war eine Abfage an die Adresse Frankreichs.

Edel betonte, man dürfe bei der von Frankreich geforderten Behandlung des Sicherheitsproblems der bereits bestehenden Sicherheitsverträge nicht übersehen, die von großer praktischer Bedeutung seien. Hierzu gehörten: der Völkerverbundpakt, der Kellogg-Pakt und der Vertrag von Locarno. Locarno gewähre eine tatsächliche Sicherheit für Westeuropa. Die englische Regierung habe damals das Ideal eines allgemeinen Sicherheitspaktes aufgegeben und es für zweckmäßiger gehalten, Sicherheitsabkommen im Interesse bestimmter lokaler Sicherheitsbedürfnisse abzuschließen. Edel berührte dann die Bemerkung Aloiss über die Bedeutung Englands für das mittlereuropäische Sicherheitsverhältnis und erklärte, die englische Regierung sei nicht in der Lage über die im Locarno-Pakt eingegangenen Verpflichtungen hinauszugehen.

Im Gegensatz zu dem französischen Plan bezeichnete Edel die Notwendigkeit einer allgemeinen praktischen Herabsetzung aller Rüstungen als die entscheidende und alleinige Aufgabe der Abrüstungskonferenz.

Die öffentliche Meinung der ganzen Welt verlange, endlich praktische Ergebnisse auf diesem Gebiet zu sehen. Die Steuerlasten für Rüstungen seien untragbar geworden.

Das jetzige Maß von Sicherheitsgarantien sei bereits genügend, um die allgemeine Abrüstung zu ermöglichen.

Die Abrüstungskonferenz dürfe sich nicht in die Gefahr begeben, an Stelle von Rüstungsbeschränkungen über Pläne zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz zu verhandeln. Die Konferenz müsse daher auf der Grundlage der Hoover-Vorschläge und der Vorschläge der italienischen und der englischen Regierung unter Berücksichtigung der französischen Anregungen zu praktischen Ergebnissen streben. Die englische Regierung habe der Konferenz ein praktisches Arbeitsprogramm vorgelegt, das einen beschleunigten Abschluß der Arbeiten ermögliche. Die Zeit der Reden sei vorbei.

Benesch verteidigt den französischen Plan.

Der tschechische Außenminister Benesch verteidigte den französischen Plan und erklärte die Unterstützung seiner Regierung. Der Plan enthalte die politische These, durch die allein Vertrauen und Sicherheit in Europa geschaffen werden könne. Der Plan beruhe auf der gegen-

seitigen Abhängigkeit der drei Grundzüge: Sicherheit, Abrüstung und Gleichberechtigung und nehme die Idee des Genfer Protokolls wieder auf. Die Tschekoslowakei müsse besonderen Wert auf den Ausbau der Sicherheit legen, da sie, wenn die abgerüsteten Nachbarstaaten über größere Rüstungen verfügten, in eine außerordentlich ernste Lage kommen würde. Die Abrüstungskonferenz könne zu praktischen Ergebnissen nur auf der Grundlage einer gemeinsamen Lösung aller drei Fragen gelangen. Der französische Plan müsse die entscheidende Grundlage für die Lösung des Abrüstungs- und Sicherheitsproblems bilden.

Der belgische Vertreter für und gegen.

Der belgische Vertreter sprach sich gegen die französischen Vorschläge bezüglich der Internationalisierung des schweren Kriegsmaterials aus. In der Frage der Vereinfachung der Heeresorganisation mit dem Ziel der Schaffung von Milizen mit kurzfristiger Dienstzeit stimme die belgische Regierung den französischen Vorschlägen zu. Auch schließt er sich den Forderungen des französischen Planes auf sicherheitspolitischem Gebiete an. Die weitere Aussprache wurde auf Montag vertagt.

Genennungen im Völkerverbundssekretariat.

Genf, 3. Februar. Der Völkerverbundrat hat heute abend eine zweifelhafte streng geheime Sitzung abgehalten, in welcher nach längerer Debatte der Direktor der Mandatsabteilung, der Spanier Askarate, zum stellvertretenden Generalsekretär des Völkerverbundes ernannt wurde. Von den kleineren europäischen Staaten waren gegen die Wahl Askarates Bedenken geltend gemacht worden.

Der Rat hat weiter auf Vorschlag des Generalsekretärs die Ernennung des jetzigen Kabinettschefs von Sir Eric Drummond, des Engländers Capt. Walters, zum Untergeneralsekretär und Direktor der politischen Abteilung vorgenommen. Beide Ernennungen treten am 1. Juli 1933 in Kraft.

Der englisch-persische Konflikt beigelegt

Genf, 3. Februar. Der Konflikt zwischen England und Persien ist heute vorläufig beigelegt worden. England und Persien sind übereingekommen, das Verfahren vor dem Völkerverbundrat bis zur Maltatagung des Völkerverbundrates und unter Umständen darüber hinaus auszusetzen. Inzwischen sollen Verhandlungen über eine neue Konzeption aufgenommen werden. Sowohl Persien wie auch England halten ihren Rechtsstandpunkt aufrecht. Sollten die Verhandlungen über eine neue Konzeption ergebnislos verlaufen, so würde sich der Völkerverbundrat mit dem Konflikt erneut befassen.

Endecia-Verammlung in Bosen aufgelöst.

Am Sonntag sollte im Kino „Slonce“ in Bosen eine Verammlung der Nationalen Partei stattfinden, in welcher der Abgeordnete Rybarik über die wirtschaftliche Lage des Landes sprechen sollte. Als Rybarik seine Rede begann, fing eine Gruppe von Sanacjaanhängern an, Lärm zu schlagen, was die Anhänger der Nationalen Partei veranlaßte, gegen die Radaumacher vorzugehen. Es kam zu einer Schlägerei. Statt die Radaumacher aus dem Saale zu entfernen und einen ruhigen Verlauf der Verammlung zu ermöglichen, nahm die Polizei diese Provokation der Sanaciaradaumacher zum Anlaß, um die Verammlung aufzulösen.

Wieder Eisenbahnlinie Herby—Gdingen.

In Warschau wollten die französischen Vertreter der polnisch-französischen Eisenbahngesellschaft. Die Verhandlungen, die sie mit Vertretern des Finanz- sowie Verkehrsministeriums führten, betrafen die Inbetriebsetzung der neu erbauten Eisenbahnlinie Herby—Gdingen, die nun am 1. März erfolgen soll. Die Eisenbahn Herby—Gdingen wird von der polnischen Eisenbahn auf Rechnung der polnisch-französischen Gesellschaft verwaltet werden.

Eine Delegation nach Sowjetrußland.

Unter Vorsitz des Vorsitzenden Darowski, des ehemaligen Ministers, fand in Warschau eine Sitzung der Verwaltung der Gesellschaft „Polros“ statt, in der die polnische Delegation für die Verhandlungen mit dem sowjetrussischen Außenhandelskommissariat bestimmt wurde. Die Delegation wird nach Moskau reisen, um die in Warschau ergebnislosen Verhandlungen in Sachen der Verlängerung des Vertrags der „Polros“ mit der sowjetrussischen Gesellschaft „Sowpoltorg“ weiterzuführen.

Maschinengewehre gegen Streikende.

Dublin, 3. Februar. Die streikenden Eisenbahner im irischen Freistaat haben die Gleise der Eisenbahnlinie von Dublin nach Belfast auf einer Strecke von 20 Metern

zwischen Strabane und Debry ausgerissen. Der Anschlag wurde jedoch rechtzeitig entdeckt. Alle noch verkehrenden Omnibusse werden jetzt von Panzerwagen begleitet. Die wichtigen Eisenbahnnotenpunkte und Brückenköpfe sind von Truppen mit Maschinengewehren besetzt.

Die Schlichtungsverhandlungen zwischen den Eisenbahngesellschaften und den Eisenbahngewerkschaften sind gescheitert, da die Eisenbahngesellschaften sich weigern, von der beabsichtigten Lohnkürzung um 10 v. H. abzusehen.

Belagerungszustand in Rumänien.

Weil Arbeiter Lohn und Arbeit verlangen.

Bukarest, 3. Februar. In der Kammer begann am Freitagnachmittag eine außerordentlich stürmische Sitzung, da Ministerpräsident Basja die Ermächtigung zur Verhängung des Belagerungszustandes über Bukarest, Ploesti und notfalls andere Gebiete gefordert hat.

Der Innenminister wurde am Freitagmittag vom König empfangen, dem er einen eingehenden Vortrag über die Lage hielt, namentlich über die Unruhezentren im Petroleumgebiet in Jassy, Galaz und Dombowica. Die bürgerliche Presse fordert allgemein von der Regierung ein energisches Durchgreifen, begrüßt es aber, daß bisher noch nirgends Blut geflossen ist. Das Gendarmeriekorps ist inzwischen verstärkt worden. Der Jahrgang 1909 hat teilweise Einberufungsbefehl erhalten, um die durch starke Beurteilungen geschwächte Truppenbestände aufzufüllen.

Die Streiks aus Anlaß der Lohnrückstände, Lohnkürzungen und Arbeiterentlassungen in staatlichen und privaten Betrieben — eine Folge der schweren finanziellen und wirtschaftlichen Lage Rumäniens — sind inzwischen wieder abgeflaut. In Bukarest und Ploesti sind die Arbeiten wieder aufgenommen worden. Die Regierung behauptet jedoch, daß die Streik- und Unruhestimmung von hauptsächlich ausländischen Agenten und Provokateuren und nicht zuletzt mit fremdem Gelde kräftig geschürt wird und aus diesem Grunde die Ermächtigung fordert, notfalls von sich aus über bestimmte bedrohte Gebiete sofort den Belagerungszustand verhängen zu können.

Aufteilung Chinas.

Was chinesische Zeitungen wissen wollen.

Schanghai, 3. Februar. Wie chinesische Blätter berichten, soll eine Aussprache zwischen dem japanischen und dem englischen Botschafter in China stattfinden, auf der die Aufteilung Chinas erörtert werden soll. Der britische Botschafter werde im Auftrage Englands dem japanischen Botschafter Ariochi zusagen, daß die britische Regierung eine Einmischung des Völkerverbundes in den japanisch-chinesischen Konflikt sowie die Anwendung des Par. 15 des Völkerverbundpaktes gegen Japan nicht zulassen werde. Die japanische Regierung solle als Kompensation für diese Haltung auf ihr Vordringen in das Yangtse-Tal zugunsten Englands verzichten.

Wie weiter mitgeteilt wird, sollen zwischen der britischen und japanischen Regierung Verhandlungen über Provinz Tschehol eingeleitet worden sein, in denen die britische Regierung erklärt habe, sie habe nichts dagegen, wenn diese Provinz an Mandschukuo übergeben wird.

(Meldungen, die von ähnlichen Vereinbarungen über Tibet wissen wollten, sind bekanntlich von der englischen und der japanischen Regierung dementiert worden. Die Red.)

Der belgische Kriegsminister gegen die Sozialisten.

Brüssel, 3. Februar. Da der Kriegsminister die sozialistische Zeitung „Le Peuple“ in militärischen Lokalen verboten hat, haben zwei Abgeordnete in der Kammer interpelliert. Der Minister wies auf das sozialistische Manifest hin, in dem zur Agitation in den Kasernen aufgefordert und die Schaffung von Soldatenlisten mit ihren Adressen empfohlen wird. Er warf den Sozialisten vor, offene Undisziplin in Friedenszeiten und Fahnenflucht in Kriegszeiten zu predigen, und betonte energisch, daß er seine Pflicht erfüllen werde. Während der Erklärungen des Kriegsministers kam es wiederholt zu Tumultszügen. Schließlich lehnte die Kammer die sozialistische Entschließung mit 95 gegen 75 Stimmen ab.

Aus Welt und Leben.

Sanatorium niedergebrannt.

In einem Vorort in Cleveland (U.S.A.) wurde ein Sanatorium durch Großfeuer zerstört. Fünf Personen fanden dabei den Tod, während vier Personen verletzt wurden.

Wahnsinnstat einer Greisin.

Eine Fünfundsechzigjährige legt sich mit glühenden Kohlen ins Bett.

Passanten sahen in der Erenkelstraße in Wien in einer im Erdgeschoß gelegenen Wohnung einen mächtigen Feuerchein. Einige Augenblicke später drang auch schon durch die Fugen der Fensterrahmen Rauch auf die Straße. Man verständigte sofort die Feuerwehr, die wenige Minuten später eintraf. Die Mannschaft sprengte die Tür auf und drang in die Wohnung ein.

Den Feuerwehrmännern bot sich ein furchtbares Bild dar: neben einem Bett, das in hellen Flammen stand, lag eine alte Frau, deren Kleider vollständig verbrannt waren. Sie selbst trug unzählige Brandwunden am Körper und zwar der furchterlichsten Art. Eine Hand war nahezu verlohrt. Die Frau rührte sich nicht mehr — sie war tot.

Es handelt sich um die 75jährige Barbara Bendas, die bei ihrem Sohn wohnte. Dessen Frau ging nachmittags auf kurze Zeit weg. Vorher hatte sie im Ofen Feuer gemacht und die Greisin gebeten, sie möchte es nicht ausgehen lassen.

Alle Anzeichen sprechen nun dafür, daß die alte Frau einige glühende Kohlen in ihr Bett trug und sich dann selbst hineinlegte. Als Leintuch und Polster zu brennen anfingen, dürfte sie versucht haben, den Flammen zu entrinnen. Sie konnte sich aber nur noch aus dem Bett heilen — den Flammen entging sie nicht mehr. Sie verbrannte bei lebendem Leibe.

Die Greisin hat bereits zweimal Selbstmordversuche unternommen: das erstmal wollte sie sich verbrennen, das zweitemal durch Leuchtgas sterben.

Krach um „Krach“.

Bei der Elbinger Aufführung der Alfred Herzogischen kritischen Reichswehromödie „Krach um Leutnant Blumenthal“ wirkten Elbinger Nationalsozialisten mit Stinkbomben, Hausgeschloßeln und einer Prügelzene mit. Mehrere Personen wurden verletzt. Die Direktion wurde gezwungen, das Stück abzusetzen.

Ordnung ist der halbe Tod.

Über einen Raubüberfall auf das Postamt Kasserfeld berichtet eine Abtiner Zeitung: „Ein Beamter schlug den Räuber mit dem Poststempel mehrmals auf den Kopf, so daß er mit dem Tagesdatum bestimmungslos zusammenbrach.“

Vater erschleht seinen Sohn und begeht Selbstmord.

Der im Ruhestand lebende Chemiker Dr. Ellenberger in Oberelten, Kreis Meiningen (Deutschland), erschloß in seinem Amtszimmer seinen zwanzigjährigen Sohn und verletzte sich durch einen Schuß in die Schläfe sehr schwer. Dr. Ellenberger verstarb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

# Amerika tauscht.

## Mit Rindvieh zahlt man Univeritätsgebühren. — Bargelbloße Banken.

Der Newyorker Berichterstatter des Londoner „Daily Herald“ weiß von folgender überaus interessanter Krisenerscheinung in Amerika zu erzählen, die zeigt, wie die Zerrüttung des Kapitalismus selbst in dem Lande seiner höchsten Entwicklung zur Rückbildung, zu den primitiven Formen der bargelbloßen Naturalwirtschaft führt.

Zwei Millionen Menschen in neunundzwanzig Staaten der Union kehren heute, dem Zwang gehorchend, zum einfachen Tauschverkehr zurück. Bereits haben sich hundertfünfzig offizielle Tauschbörsen gebildet, die auf die merkwürdigste Weise ihre Geschäfte erledigen. Aber neben diesen Börsen wickeln auf ähnliche Art, das heißt ohne einen Groschen Bargeld, Tausende von Farmern, Viehzüchtern und Grubenbesitzern ihren Handel ab.

### Die Universität nimmt Rindvieh.

Vor wenigen Tagen stellte der Vater eines angehenden Studenten in der Kanzlei der Universität offiziell die Frage: „Ist es erlaubt, die Studiengebühren meines Sohnes in Waren zu bezahlen?“ Und bekam die Antwort: „Aber selbstverständlich. Wir nehmen Baumwollballen oder Vieh an Stelle von Schecks gern entgegen.“ Und es ist auch schon ziemlich allgemein geworden, daß Bezüge an Stelle ihres Geldhonorars Schweine oder die entsprechenden Anzahl Hühner annehmen.

### Im Schatten von Wallstreet.

Hier dieser offiziellen Tauschbörsen arbeiten in Newyork selbst, in unmittelbarer Nähe der weltgewaltigen Banken in der Wallstreet. Diese neue, besser gesagt uralte Form der Handelsbeziehungen ohne Geld beginnt bereits die Könige des Goldes unruhig zu machen.

In Kalifornien bieten an die zweihunderttausend Arbeitslose ihre Arbeit für Lebensmittel und Kleider an. Los Angeles allein hat hunderttausend Arbeitslosen auf solcher Grundlage Arbeit gegeben.

„Tauschgeld“ — Notgeld —, dessen Grundlage die ungeheuren landwirtschaftlichen Güterüberschüsse bilden, die wertlos in den Vorratsspeichern liegen, ist in Minneapolis ausgegeben worden. Dort haben die Arbeitslosen ihre eigene „Bank“, ihre eigenen großen Verkaufsläden.

### Käufe für Arbeit.

An verschiedenen Orten werden Kleider, Gemüse, Zucker, Brot, Mehl, Obstkonserven zum Verkauf angeboten und die Käufer zahlen entweder mit solchen Notgeld oder bieten dem Verkäufer ihre Arbeit als Entgelt an. Die Tauschorganisation führt ein eigenes Restaurant und verköstigt täglich 1500 Menschen. Jede Mahlzeit kostet 10 Cent in Tauschgeld, das hier eine direkte Anweisung auf eine bestimmte Arbeitsleistung ist. Die Tauschläden verkaufen auf solche Weise ganze Möbelleinrichtungen,

Autopneumatik, Silberwaren, Küchenutensilien, Schuhe und Kleider. Fünfundzwanzig Handwerksgenossenschaften beliefern diese Tauschläden mit den nötigen Waren und — was das Sonderbare ist — trotz dem großen Umsatz kommt nicht ein Cent in Zirkulation.

Im Staate Idaho geht es nicht viel anders zu. „Injere Mitglieder“, berichtet Benjamin J. Stringham, der Leiter der Tauschorganisation, „haben jetzt Arbeit, und zwar auf dem Wege des Tausches. Wir beweisen, daß Gemeinschaftsarbeit eher zum Ziele führt als persönliche Suche nach einer Stelle.“

### Ware gegen Ware.

An den Tauschbörsen von Newyork gibt es keinen Bargeldverkehr. Dort werden Holz, Leberrolle, Schneeschuhe, Hunde, Juwelen gegen Rüben, Butter oder Gänse angeboten. Hausgehilfen können an dieser Börse ihre Dienste für Quartier und Verpflegung anbieten. Ein Newyorker Tischler erhält täglich seine Milch für foundjo viel Stunden Tischlerarbeit. Merkwürdig war auch folgender Tausch: ein Paar Boxerhandschuhe wurden für die entsprechende Anzahl von Leinentüchern hergegeben, ganz so wie zur Zeit des einfachen Tauschverkehrs, der eine brauchte die Handschuhe, der andere das Bettlaken. Aber keiner konnte es sich leisten, diese Waren zu kaufen. Die Börse vermittelte ihre Wünsche und befriedigte sie.

Im Westen und Mittelwesten, wo die Farmer direkt mit dem Bankrott zu kämpfen hatten, greifen sie den Tauschplan mit großem Eifer auf und die Geschäftsläden schließen sich ihnen an.

Verlagsgesellschaft „Volkspreße“ m. b. H. — Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dipl.-Ing. Emil Ferbe. — Druck: „Prasa“ Lódz, Petrikauer Straße 101

## Theaterverein „Thalia“

# „SCALA“-THEATER

## Theaterverein „Thalia“

### Neueinstudierung!

Sródmiejska 15 (Cegielniana)

### Zum letzten Male!

Sonntag, den 5. Februar, pünktlich 5.30 Uhr nachmittags

# „Frauen haben das gern...“

Musikalischer Schwan in 3 Akten von F. Arnold und E. Bach. Musik von Walter Kollo.

In den Hauptrollen: Anita Kuntel, Gertha Kriese, Gilly Runge, Gertha Penczłomska, Irena Söderström, Irma Jerbe. — M. Anweiler, A. Heine, G. Krüger, A. Jerbe

Preise der Plätze: Parkett — 4, 3.50, 3 und 2 Plätze, Logen und Balkon — 4, 3.50 und 3 Plätze, Amphitheater — 2 und 1.50 Plätze, 2. Balkon — 1.50 Pl., Galerie 1 Platz.

Karten im Vorverkauf bei G. E. Kestel, Petrikauer 84. Am Tage der Aufführung ab 11 Uhr vormittags an der Theaterkasse.



## D.K. u. B.V. „Fortschritt“

Nawrot-Straße 23.

Heute, Sonnabend, den 4. Februar, um 8.30 Uhr abends:

# Preisikat und Preispreference

(französischer und gewöhnlicher)

Reichhaltiges Bäckert.

Reichhaltiges Bäckert.

Liebhaber dieser Spiele ladet hierzu ein

Der Vorstand.

## Theater- u. Kinoprogramm.

**Städtisches Theater:** Heute, 4 Uhr Brülle China. 9.15 Uhr Premiere „Sie will keine Kinder“  
**Kammer-Theater:** Heute, 9 Uhr „Vertrauliche Angelegenheiten“  
**Popularny:** Heute, 8.15 Uhr Operette „Peppina“  
**Jar:** Heute, 8 u. 10 Uhr „Vom Jar in die Bar“  
**Casino:** Sohn Indiens  
**Corso:** I. Die rote Spur; II. Menschen auf dem Posten  
**Grand-Kino:** Palast auf Rädern  
**Luna:** Halka  
**Metro u. Adria:** 100 Meter Liebe  
**Oświatowe:** Großstadtsumpf — Pat und Patachon  
**Palace:** I. Gefährliche Probe — II. Hallo! hier Jarossy  
**Przedwiośnie:** Dr. Jekyll und Mr. Hyde  
**Splendid:** 10% für mich  
**Uciecha:** Aufruhr der Sinne — Pat und Patachon als Erfinder des Pulvers

## Meister

für Raschelmotoren nach Warschau gesucht. Offerten unter „M. W.“ an die Gesch. d. Bl.

## Hunderte

von Kunden

überzeugten sich,

daß jegliche Tapezierarbeit

am besten u. billigsten bei annehmbaren Ratenzahlungen

nur bei

**P. WEISS**

Gientewicza 18

(Front im Laden) ausgeführt wird.

Achten Sie genau auf angegebene Adressen!

## Zahnärztliches Kabinett

Główna 51 Sandombka Tel. 174-93  
Künstliche Zähne. — Röntgen-Zahnaufnahmen.  
Empfangsstunden bis 8 Uhr abends.  
Heilanstaltspreise.

## Venerologische für venerische u. Hautkrankheiten Heilanstalt

Don 8 Uhr früh bis 9 Uhr abends. Sonntags von 9—2 Uhr nachm. Von 11—2 u. 2—8 empfängt eine Ärztin

**Konsultation 3 Plätze.**  
Anzeigen haben in der „Podzer Volkszeitung“ stets guten Erfolg.

## Hans Gobich: Wahn-Europa 1934

Eine Vision über den künftigen Krieg! Lesen Sie bald dieses Buch! Es geht darin um Probleme, die gegenwärtig alle Welt in Atem halten. — Das beste Buch des Jahres 1932  
Vorwärts im  
Buch- und Zeitschriftenvertrieb „Volkspreße“  
Lódz, Petrikauer 109, Telephon 136-90  
(„Podzer Volkszeitung“)

## Kirchlicher Anzeiger.

**Trinitatis-Kirche.** Sonntag, 9.30 Uhr Beichte, 10 Uhr Hauptgottesdienst mit hl. Abendmahl — P. Wenke; 12 Uhr Gottesdienst mit hl. Abendmahl in polnischer Sprache — P. Schedler; 2.30 Uhr Kindergottesdienst; 6 Uhr liturgischer Gottesdienst — Wannagat. Mittwoch, 7.30 Uhr Bibelstunde — P. Schedler.  
**Armenhauskapelle, Narutowicza 80.** Sonntag, 10 Uhr Lesegottesdienst.  
**Bethaus Judarb, Sierakowskiego 3.** Sonntag, 10 Uhr Lesegottesdienst.  
**Diatonischenanstalt, Polnočna 42.** Sonntag, 10 Uhr Gottesdienst — Pastor Berndt.

**Johannis-Kirche.** Sonntag, 9 Uhr Jugendgottesdienst — P. Hassner; 9.30 Uhr Beichte; 10 Uhr Hauptgottesdienst mit hl. Abendmahl — P. Dietrich; 12 Uhr Gottesdienst in polnischer Sprache — P. Kotula; 3 Uhr Kindergottesdienst — P. Lipiski; 4 Uhr Taufgottesdienst — P. Döberlein; 6 Uhr Gottesdienst — P. Lipiski.  
**Neues Jugendheim.** Sonntag 5 Uhr Märchenaufführung Stadtmisjonsaal Dienstag 6 Uhr Frauenbund — P. Döberlein.  
**Karolew.** Sonntag, 10.30 Uhr Gottesdienst — P. Döberlein.

**Kathol. Kirche.** Sonntag, 10 Uhr Hauptgottesdienst mit hl. Abendmahl — P. Köpfer; 2.30 Uhr Kindergottesdienst — P. Köpfer; 3.30 bis 5 Uhr Laufen — P. Köpfer; 6 Uhr Abendgottesdienst — P. Pognit; Mittwoch, 8 Uhr Bibelstunde — P. Berndt.  
**Chojny.** Sonntag, 2.30 Uhr Kindergottesdienst — P. Berndt.

**St. Michael Gemeinde, Lódz, Kadogoszcy, Bethaus.** Sonntag, 10.30 Uhr Gottesdienst mit hl. Abendmahl — P. Schmidt; 2.30 Uhr Kindergottesdienst — P. Schmidt; 3.30 Uhr Laufftunde — P. Schmidt.

**Missionsverein „Bethel“, Nawrot 36.** Sonntag, 5.30 Uhr Predigtgottesdienst in deutscher Sprache. Sonnabend, 6 Uhr Vortrag für Israeliten.

**Baptisten-Kirche, Nawrot 27.** Sonntag, 10 Uhr Predigtgottesdienst mit hl. Abendmahl — Pred. Jordan; 4 Uhr Predigtgottesdienst — Pred. Jordan.  
**Aggostwa 41a.** Sonntag, 10 und 4 Uhr Predigtgottesdienst — Pred. Wenke.  
**Saluty, Pol. Limanowskiego 80.** Sonntag, 10 Uhr Predigtgottesdienst — Pred. Jordan; 4 Uhr — Pred. J. Fester.

**Missionshaus „Pniel“, Bulejanka 124.** Sonntag, 4.30 Uhr Wortverkündigung. Sonnabend, 6 Uhr Evangeliumsverkündigung für Israeliten.

**Ev. Brüdergemeinde, Jezuskiego 56.** Sonntag, 10 Uhr Kindergottesdienst; 3 Uhr Predigt — Pfr. Schiewe.  
**Babianice, Sw. Jana 6.** Sonntag, 9 Uhr Kindergottesdienst; 2.30 Uhr Predigt — Prediger Hübner.

**Ev. Gemeinschaft innerhalb der ev. luth. Landeskirche, Kopernika 8.** Sonntag, 8.45 Gebetsstunde; 7.30 Uhr Evangelisation für alle.

**Orywatnistr., Majsji 10.** Sonntag, 8.45 Uhr Gebetsstunde; 10.30 Uhr Knabenstunde; 3 Uhr Evangelisation für alle.

**Saluty, Brzeginska 58 (Hofeingang).** Sonntag, 7.30 Uhr Evangelisation für alle.

**Kadogoszcy, Księdza Brzuzki 49a.** Sonntag, 8.30 Uhr Gebetsstunde; 10 Uhr Kinderstunde; 5.30 Uhr Evangelisation für alle.

**Konstantynow, Großer Ring 18.** Sonntag, 9 Uhr Gebetsstunde; 3 Uhr Evangelisation für alle.

**Aleksandrow, Brązajewskiego 5.** Sonntag, 9 Uhr Gebetsstunde; 3 Uhr Evangelisation für alle.



